





EXILFORSCHUNG

EIN  
INTERNATIONALES  
JAHRBUCH

Band 15

1997

EXIL UND WIDERSTAND

Herausgegeben im Auftrag der  
Gesellschaft für Exilforschung / Society for Exile Studies  
von Claus-Dieter Krohn, Erwin Rotermond,  
Lutz Winckler und Wulf Koepke  
unter Mitarbeit von Gerhard Paul

edition text + kritik

Anschriften der Redaktion:

Claus-Dieter Krohn  
Mansteinstraße 41  
20253 Hamburg

Lutz Winckler  
15, Rue des Arènes Romaine  
F-8600 Poitiers

Die deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Exil und Widerstand** / hrsg. im Auftr. der Gesellschaft  
für Exilforschung von Claus-Dieter Krohn ... unter Mitarbeit von Gerhard Paul –  
München : edition text + kritik, 1997

(Exilforschung ; Bd. 15)

ISBN 3-88377-560-6

NE: Krohn, Claus-Dieter [Hrsg.]

Satz: Fotosatz Schwarzenböck, Hohenlinden  
Druck und Buchbinder: Bosch-Druck, Landshut  
Umschlagentwurf: Dieter Vollendorf, München  
© edition text + kritik, München 1997  
ISBN 3-88377-560-6

## Inhalt

Vorwort		7
Claus-Dieter Krohn	Propaganda als Widerstand? Die <i>Braunbuch</i> -Kampagne zum Reichstagsbrand 1933	10
Klaus-Michael Mallmann	Frankreichs fremde Patrioten. Deutsche in der Résistance	33
Ludwig Eiber	Verschwiegene Bündnispartner. Die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien und die britischen Nachrichtendienste	66
Hans Rudolf Veget	Thomas Mann und der deutsche Widerstand. Zur Deutschland-Thematik im <i>Doktor Faustus</i>	88
Peter Erler / Manfred Wilke	»Nach Hitler kommen wir«. Das Konzept der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland	102
Gerhard Paul	»...alle Repressionen unnachsichtlich ergriffen werden«. Die Gestapo und das politische Exil	120
	*	
Klaus Sator	Zur Diskussion: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff	150
	*	
Michael Wildt	Die Kraft der Verblendung. Der Sozialdemokrat Max Brauer im Exil	162

Ulrich Schlie	Altreichskanzler Joseph Wirth im Luzerner Exil (1939–1948)	180
Michael F. Scholz	Herbert Wehner in Schweden 1941 bis 1946	200
	*	
Anne Klein	Rettung und Restriktion. US-amerikanische Notvisa für politische Flüchtlinge in Südfrankreich 1940/41	213
Doris Obschernitzki	Der Verwalter saß in Marseille. Polizei-Intendant Maurice de Rodellec du Porzic und das Lager Les Milles	233
	*	
Anne-Marie Corbin- Schuffels	Eine Revanche im Kalten Krieg? Agitprop im Kampf für die Freiheit der Kultur	255
	*	
Rezensionen		269
Kurzbiographien der Autorinnen und Autoren		281

## Vorwort

Der Widerstand gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem aus dem Exil heraus ist in der Zeitgeschichtsschreibung im allgemeinen wie in der Exilforschung im besonderen noch immer ein weitgehend unbekanntes und unbearbeitetes Feld. Das gilt vor allem für den Widerstand zur Zeit des Zweiten Weltkriegs und für die Vorbereitungen des politischen Exils auf die Rückkehr nach Deutschland. Die Gründe dafür sind weniger in den Quellen zu suchen, wie man vorschnell meinen könnte, sondern liegen eher in der Sache selbst. Zu sehr sah sich die Tätigkeit deutscher Emigranten und Emigrantinnen an der Seite der Widerstandsbewegungen in den von Hitlers Wehrmacht besetzten Hauptzufluchtsländern oder auch ihr Engagement in den alliierten Armeen, vor allem wenn es sich um den bewaffneten Kampf handelte, dem von der NS-Propaganda erfolgreich in die Welt gesetzten Verdikt des »Vaterlandsverrats« ausgesetzt. Danach hatten sich Emigranten, die im Spanischen Bürgerkrieg oder in der französischen Résistance, im Nationalkomitee Freies Deutschland oder im amerikanischen Office of Strategic Services tätig waren, außerhalb der »Volksgemeinschaft« gestellt und damit ihr Existenzrecht verloren. Diese im Wortsinne lebensgefährliche Diffamierung wirkte in der Nachkriegszeit vielfältig nach und führte nicht selten dazu, daß, ähnlich wie bei den Deserteuren der Wehrmacht, viele Betroffene verunsichert schwiegen. Bis auf wenige Ausnahmen hat die Zeitgeschichtsforschung dieses Schweigen reproduziert. Eine Gesamtdarstellung der vielfältigen Formen und Aktivitäten des Exilwiderstandes steht zwar noch immer aus, allerdings läßt sich in den letzten Jahren ein verstärktes Bemühen registrieren, die bestehenden Desiderata jenseits vorurteilsgeprägter Einstellungen und auf qualitativ wie quantitativ neuer Quellengrundlage anzugehen.

Einige der vorhandenen Lücken möchte das diesjährige Jahrbuch schließen, indem es einerseits neue Forschungsergebnisse publiziert, andererseits Resümees von in letzter Zeit abgeschlossenen Forschungsbemühungen vorstellt. Der Auftakt-Artikel über die *Braunbuch*-Kampagne zum Reichstagsbrand führt in die Frühphase des Exilwiderstandes ein, der die Nationalsozialisten auf dem Gebiet der Propaganda mit ihren eigenen Mitteln zu bekämpfen suchte. Aus heutiger Sicht war diese Kampagne so durchschlagend, daß die vom *Braunbuch* gelieferte Ursachenerklärung des Brandes die darüber bis in die Gegenwart periodisch geführten Debatten bestimmt. Mit dem besonderen Form- und Strukturwandel des Widerstandes im Exil zur Kriegszeit beschäftigen sich die beiden folgenden Beiträge. Ausgehend von neueren Untersuchungen zur Tätigkeit deutscher Emigranten in der Résistance schildert Klaus-Michael Mallmann eine besondere und weitgehend vergessene

Form des Widerstandes von Emigranten, die – abgesehen von einigen älteren französischen Veröffentlichungen und den stark parteihagiographisch ausgerichteten Publikationen einiger DDR-Historiker – bislang kaum die Aufmerksamkeit der Fachöffentlichkeit gefunden hat. Erstmals gelingt es Mallmann, genauere Angaben über die politische und soziale Zusammensetzung der deutschen Résistance-Angehörigen zu machen. Mit dem Ende der Widerstandseuphorie und der Desillusionierung der Aufklärungshoffnungen des Exils sahen zahlreiche Emigrantenorganisationen seit Kriegsbeginn nurmehr die Mitarbeit in den alliierten Armeen als einzig realistische Möglichkeit an, das NS-Regime in Deutschland zu Fall zu bringen. Orientiert an seinem soeben abgeschlossenen Editionsprojekt thematisiert Ludwig Eiber die vielfach tabuisierten Verbindungen der Londoner »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« zu den britischen Nachrichtendiensten; außerdem verweist er auf den Einsatz von sogenannten »Guides« aus der Gruppe der sozialistischen Emigranten hinter den deutschen Frontlinien. Mit den Planungen der Moskauer KPD-Führung für ein Deutschland nach Hitler, wie sie ihren programmatischen Ausdruck unter anderem in dem »Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie« vom Herbst 1944 fanden, beschäftigen sich Peter Erler und Manfred Wilke. Ihre im Kontext des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin entstandene Untersuchung verfolgt zunächst das Ziel, die Pläne und Absichten der KPD-Führung bei der Gründung der SED zu rekonstruieren, wobei es notwendig erschien, im Sinne einer politischen Archäologie in die Zeit der Moskauer Emigration zurückzublenden. Die Wahrnehmung des innerdeutschen Widerstands und seine Bewertung in den Reden und Publikationen Thomas Manns zur Kriegszeit sind das Thema des Beitrags von Hans Rudolf Vaget. Seine vielleicht provozierende These: die positive Bewertung des deutschen Widerstands durch Thomas Mann habe die im *Doktor Faustus* und den Essays der vierziger Jahre entwickelte tragische Geschichtskonzeption einer deutschen Gesamtverantwortung für den Faschismus eher verstärkt als infragegestellt. Gerhard Paul nimmt das Postulat Martin Broszats auf, Widerstand und Verfolgung als sich wechselseitig bedingende Größen zu begreifen, indem er die verschiedenen Phasen der Inlands- und Auslandsaktivitäten der Gestapo untersucht, mit der diese – vielfach mit Unterstützung der Polizeibehörden der Emigrationsländer – den deutschsprachigen Exilwiderstand zu unterminieren und zu zerstören suchte. Sein Beitrag entstand im Rahmen des ebenfalls an der Freien Universität angesiedelten Forschungsprojektes »Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft«. Schließlich setzt sich Klaus Sator in einem Diskussionsbeitrag kritisch mit dem in der Zeitgeschichtsforschung verwendeten Begriff des Widerstands und seiner Ausweitung auf den Exilwiderstand auseinander.

Mit Aspekten durchaus typischer Exilschicksale politischer Emigranten beschäftigen sich die Beiträge im zweiten Teil des Jahrbuchs. Zunächst untersucht Michael Wildt am Beispiel des Sozialdemokraten Max Brauer exilspezifische Verarbeitungsmuster der Nachrichten aus Deutschland, wobei er zu dem Ergebnis gelangt, daß es vor allem die »verharmlosende Wahrnehmung des Nationalsozialismus« Emigranten wie Brauer ermöglichte, sich nach 1945 mit voller Kraft dem Wiederaufbau eines neuen Deutschland zu widmen. Auf der Grundlage neuerer Forschungen zeichnet Ulrich Schlie die verschlungenen und wenig bekannten Pfade des ehemaligen Reichskanzlers Joseph Wirth in der Emigration und im Nachkriegsdeutschland nach. Michael F. Scholz schließlich präsentiert neuere Erkenntnisse zum Ablösungsprozeß Herbert Wehners von der kommunistischen Bewegung im schwedischen Exil in den Jahren 1941 bis 1946, wobei er sich intensiv mit dem gegen Wehner immer wieder erhobenen Verratsvorwurf auseinandersetzt.

Beiträge von Anne Klein über die US-amerikanischen Notfallvisa für politische Flüchtlinge 1940/41 in Südfrankreich, von Doris Obschernitzki über die problematische und skandalöse Rehabilitierung des Verantwortlichen für die Deportationen aus dem Internierungslager Les Milles nach Drancy und Auschwitz, Maurice de Rodellec du Porzic, durch die französische Nachkriegsjustiz und -verwaltung 1945 sowie ein Aufsatz zur politisch-publizistischen Tätigkeit von (Re-)Emigranten runden das diesjährige Jahrbuch ab. Anne-Marie Corbin-Schuffels untersucht die maßgeblich von Emigranten geförderten Tätigkeiten des »Kongresses für die Freiheit der Kultur« während der Frühphase des Kalten Krieges.

Mit dem 15. Jahrbuch möchten die Herausgeber am Beispiel des Widerstandes deutscher Emigranten und Emigrantinnen die 1995 begonnene Diskussion über Perspektiven und Fragestellungen der Exilforschung in Richtung einer Historisierung des Forschungsgegenstandes fortführen.

## Propaganda als Widerstand?

Die *Braunbuch*-Kampagne zum Reichstagsbrand 1933

### I

Die Brandstiftung im Berliner Reichstagsgebäude am 27. Februar 1933 lieferte den Vorwand zur systematischen Verfolgung in Deutschland, zur Aushebelung der Weimarer Verfassung und zur Gleichschaltung der Gesellschaft durch die Nationalsozialisten. Obwohl die Tatumstände unter Historikern seit langem klar sind, blieben sie legendenumwoben. Von Anfang an wurden sie begleitet von Vermutungen, Hypothesen, lautstark propagierten politischen Spekulationen und strategischen Interessen. Erstaunlicherweise ist diese propagandistische Funktionalisierung für den politischen Kampf nach 1933 in der jahrzehntelangen Debatte nur selektiv gewürdigt worden. Kurz gesagt ging es darum, ob der holländische Anarchist Marinus van der Lubbe den Reichstag allein angezündet hat, ob die Kommunisten oder die Nationalsozialisten dabei ihre Hände als Hintermänner im Spiel gehabt hatten. Seit der 1962 von Fritz Tobias vorgelegten Studie<sup>1</sup> gilt als gesichert, daß van der Lubbe als Alleintäter anzusehen ist. So sorgfältig Tobias dafür das Material bereitgestellt und den zeitlichen Ablauf des Tathergangs am Abend des 27. Februar rekonstruiert hat, so umstritten blieben der von ihm konturierte allgemeine politische Hintergrund, seine Argumentationsmuster und Kausalbezüge, die die Überzeugungskraft seiner Analyse erheblich einschränken. Ungleich plausibler sind demgegenüber die als Reaktion auf Tobias wenig später erschienenen Untersuchungen Hans Mommsens, der die These vom Alleintäter van der Lubbe bestätigte, den Reichstagsbrand im Unterschied zu Tobias jedoch in den Prozeß der nationalsozialistischen Machtergreifung einordnete und damit zu anderen historisch-politischen Urteilen kommt. Während der neue Reichskanzler Hitler für Tobias erst durch die »Sternstunde« der Brandnacht zum machtberauschten Diktator wird, erscheint die Brandstiftung bei Mommsen lediglich als unerwartete weitere Gelegenheit für die Nazis auf dem Wege des längst begonnenen und von da an noch terroristisch zugespitzten totalitären Machtausbaus.<sup>2</sup>

Geht man davon aus, daß die nationalsozialistische Herrschaftsausübung auf zwei Säulen beruhte, dem Terror und der Propaganda, so ist evident, daß der Reichstagsbrand eine wichtige Etappe zur Befestigung des Terrorapparates gewesen ist, wie die nunmehr ungehemmten Verfolgungen und die sie legitimierenden administrativen Entscheidungen zeigen. Die noch in der

Brandnacht von der NS-Führung herbeigeredete Schuld der Kommunisten und deren agitatorische Verwertung – immerhin stand das Deutsche Reich in der heißen Phase des Wahlkampfes zu den eine Woche später stattfindenden Reichstagswahlen – waren hingegen kaum mehr als ein dilettantisches Schauspiel. Das um so mehr, als die Opfer der Verfolgungen, die politischen Exilanten, und hier vor allem die Kommunisten mit ihrem Medienfachmann Willi Münzenberg, diesen Angriff zu parieren verstanden und mit internationalem Echo glaubhaft machen konnten, daß die Nazis den Reichstagsbrand selbst inszeniert hätten. Die propagandistische Gegenmacht der Exilanten übernahm dabei geschickt die weltweit kursierenden vagen Vermutungen, die sie im Wissen um die Methoden und Denkweisen der nationalsozialistischen Gegner zuzuspitzen und zu einem konsistenten Agitationsprogramm zu verdichten vermochte.

Diese vor allem mit dem Anfang August 1933 in Paris erschienenen *Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror* verbundene agitatorische Meisterleistung ließ die Nazis auf ihrem eigenen Feld, der propagandistischen Massenbeeinflussung, recht kläglich erscheinen. Das *Braunbuch* bestimmte künftig das Bild über die NS-Barbarei, als Terror und Verfolgung in Deutschland noch nicht einmal das volle Ausmaß erreicht hatten. Obwohl es selbst und die unübersehbare Flut der um das Buch herumgruppierten weiteren Schriften mit Tricks, unbewiesenen Behauptungen und auch Fälschungen arbeiteten, ist deren Erfolg darauf zurückzuführen, daß sie das NS-System nicht nur im Ganzen richtig beschrieben, sondern seinen Charakter in vielem visionär antizipierten. Das unterschied die propagandistische Offensive des *Braunbuchs* von der der Nationalsozialisten, die mit der These vom Reichstagsbrand als Auftakt eines kommunistischen Aufstandsversuchs nur der Selbstsuggestion unterlagen.

Zwar wirft das Vorgehen des *Braunbuchs* die Frage nach der politischen Moral auf; der in der Literatur wiederholt erhobene Vorwurf »bedenkenloser« oder »mißbräuchlicher« Fälschungen<sup>3</sup> greift jedoch zu kurz. Zum einen suchte das *Braunbuch* die Nazis mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen, und es traf dabei, wie deren Reaktionen zeigten, offensichtlich ins Schwarze. Zum anderen ist es nicht ungewöhnlich, daß in politischen Auseinandersetzungen mit Tricks und Manipulationen gearbeitet wird; die Geschichte der Wahl agitation auch unter zivilen Verhältnissen liefert dafür beliebige Beispiele. Wie legitim erscheinen diese dann erst im Kampf gegen ein System, das seinen verbrecherischen Charakter bereits offen zeigte? Unlautere Mittel sind hier Akte der intellektuellen Notwehr, zumal aus der unterlegenen Position der politisch Verfolgten. Im übrigen überschritten die Fälschungen nur selten die Grenzen der Plausibilität. Anders wäre auch die enorme Reaktion des Auslands auf das *Braunbuch* nicht zu verstehen. Was dort gegen die Nazis ausgebreitet wurde, war vielfach so oder ähnlich zuvor in der internationa-

len Öffentlichkeit diskutiert worden; die Vielzahl der akribisch gesammelten und im *Braunbuch* abgedruckten Zitate aus der Weltpresse belegen das. Die institutionelle und finanzielle Unterstützung durch die Internationale Arbeiter-Hilfe bzw. den Komintern-Apparat sorgte zwar für seine Verbreitung in diversen Sprachen, das aber ist nur die eine Seite; daß es auch jenseits der eigenen politischen Milieus zustimmend rezipiert wurde, ist die andere.

Schließlich mag nach dem Selbstverständnis der Kommunisten hinzugekommen sein, daß sie – zumindest vom theoretischen Anspruch her – unter Propaganda die Kunst der Massenbeeinflussung zur Vermittlung eines wissenschaftlich begründbaren Weltbildes im sozialen Befreiungskampf verstanden und nun in den Praktiken der Nazis zur irrationalen Mobilisierung der amorphen Massen die eigenen Kampfformen mißbraucht sahen – um so mehr, als Hitler die »meisterhafte Geschicklichkeit« der Propaganda bei den »Marxisten« als Vorbild für die eigene Bewegung genommen hatte.<sup>4</sup> Die rationalen Aufklärungsziele waren in der Propaganda der Nationalsozialisten allerdings durch die vorbehaltlose Zustimmung willfähriger Mitläufer ersetzt worden. Auch aus diesem Grund schien der Kampf gegen Hitler mit allen Mitteln für berechtigt gehalten worden zu sein. Sie sollten sich weniger an den eigenen Zielen und Ideen orientieren, sondern an den Merkmalen und dem Anspruch der gegnerischen Propaganda. Mit einiger Ironie zitierte dazu eine der zahllosen antifaschistischen Kampfschriften aus der Münzenberg-Produktion der Editions du Carrefour die einschlägigen Passagen aus *Mein Kampf*: »Jede Propaganda hat ... ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten.«<sup>5</sup>

## II

Noch im brennenden Reichstagsgebäude hatte Hermann Göring, Reichstagspräsident, kommissarischer preußischer Innenminister und Minister ohne Geschäftsbereich in der Reichsregierung, die Parole von der kommunistischen Urheberchaft ausgegeben. Endlich schien der Umsturz der Marxisten bevorzustehen, auf den die Nationalsozialisten seit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bisher vergeblich gewartet hatten, um einen Vorwand zum Gegenschlag und zugleich zur Abrechnung mit der demokratischen Republik zu haben. Schon unmittelbar nach dem Durchbruch der NSDAP zur Massenpartei bei den Reichstagswahlen im September 1930 hatte Hitler in seinem berüchtigten Legalitätseid vor dem Reichsgericht die künftige Strategie umrissen, nur im »legalen Kampfe« die Macht erobern zu wollen, dann aber werde eine »vollständige Umwälzung« folgen, bei der »auch Köpfe rollen« würden.<sup>6</sup>

Seit dem 30. Januar 1933 suchten die Nazis fieberhaft nach Anlässen dafür. In seinem Tagebuch notierte Joseph Goebbels schon einen Tag später: »Der bolschewistische Revolutionsversuch muß erst einmal aufflammen. Im geeigneten Moment werden wir dann zuschlagen«, wobei »reiner Tisch« gemacht werde.<sup>7</sup> Noch allerdings konnten sie sich ihrer Sache keineswegs sicher sein. Hitler war zwar Reichskanzler, die NSDAP hatte in der Koalitionsregierung mit der Deutschnationalen Volkspartei jedoch nur eine Minderheitenposition. Unklar war außerdem, wie die Gewerkschaften auf das neue Kabinett reagieren würden. Nach der Auflösung des Reichstags am 1. Februar sollten Neuwahlen am 5. März die eigene Kabinettsposition verbessern. Großspurig hatte Goebbels dazu die Doppelstrategie von Propaganda und Terror skizziert. Auf der einen Seite wollte er ein »Meisterstück der Agitation« für die NSDAP liefern, um aus dem Regierungswechsel eine »Revolution« zu machen und die Deutschnationalen zu überspielen, auf der anderen Seite sollte mit Einschüchterung und Terror »der Schlag... gegen den Marxismus in seinen verschiedenen Schattierungen geführt (werden).«<sup>8</sup>

Bereits am 4. Februar war eine erste Notverordnung »zum Schutz des deutschen Volkes« erlassen worden, nach der Streiks in lebenswichtigen Betrieben sowie Versammlungen und die Presse verboten werden konnten, wenn eine Gefahr für die öffentliche Ordnung drohte. Prompt folgte wenige Tage später das Verbot des sozialdemokratischen *Vorwärts*, wie sogleich auch das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, die Parteizentrale der Kommunisten, in provozierender Absicht das erste Mal durchsucht wurde. Ein Verbot der KPD ohne greifbaren Anlaß, wie von Wirtschaftsminister Hugenberg gefordert wurde, lehnte Hitler zu dieser Zeit ab, weil die zu erwartende Unruhe die Bekämpfung der Wirtschaftskrise gefährdet und damit die Wahlchancen der SPD verbessert hätte; außerdem waren die Reaktionen in der breiteren Öffentlichkeit keineswegs sicher.<sup>9</sup>

Unterhalb der Verbotsschwelle steigerte sich der nationalsozialistische »Kampf gegen den Marxismus« während der Februar-Wochen in Zeitungsartikeln und Broschüren allerdings zu einer wahren Anti-Kommunistenpsychose (Hans Mommsen), begleitet von provozierendem individuellen Terror und zahlreichen Verhaftungen, insbesondere nach Ernennung der SA zur Hilfspolizei in Preußen am 22. Februar. Sie fand bei einer neuerlichen Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses dann auch sogleich, was der professionellen Polizei zuvor nicht gelungen war, nämlich die angeblichen Umsturzunterlagen. Die NS-Presse berichtete darüber zwar in großer Aufmachung, das Ganze war jedoch kaum mehr als ein Flop, strafrechtlich sind jene Funde niemals bestätigt worden. Sie sollten in der hilflosen Reaktion der Nazis auf die *Braunbuch*-Agitation im Sommer 1933 allerdings noch eine Rolle spielen.

Erst der Brand brachte die erhoffte Lösung; »nun können wir aufs Ganze gehen«, notierte Goebbels, »die KPD soll sich nicht getäuscht haben ... Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet.« Etwas moderater meldete eine Hintergrundinformation des Kabinetts an die Presse, daß der Reichstagsbrand eine »erhebliche Erleichterung« für die Regierung gebracht habe, denn der Kampf gegen den Marxismus habe dadurch »einen Inhalt erfahren, der ihr bisher im wesentlichen mangelte.«<sup>10</sup> Die wahllosen Massenverhaftungen politischer Gegner noch in der Brandnacht nach der Verordnung vom 4. Februar, in die neben den KPD-Funktionären auch die SPD und zahllose intellektuelle Wortführer der Weimarer Republik einbezogen wurden, zeigten, daß die NS-Führung keinem schlüssigen Konzept folgte; zu auffallend widersprachen die Aktionen der bisherigen Strategie, die Kommunisten gesellschaftlich zu isolieren. Die gleiche Mischung von eigener Hysterie, endlich greifbarem Anlaß und unkontrolliertem Losschlagen charakterisierte auch die am folgenden Tag überhastet erlassene Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat, die unter anderem mit der Außerkraftsetzung des Grundrechtskatalogs der Weimarer Verfassung das Ermächtigungsgesetz von Ende März vorbereitete. Machtpolitisch war diese affektgeladene Improvisation zwar wirkungsvoll, in der propagandistischen Selbstdarstellung wurde das System damit aber angreifbar. Goebbels, der 14 Tage später zum neuen Minister für Volksaufklärung und Propaganda ernannt wurde, mochte das gehaut haben, als er am 28. Februar den verräterischen Satz notierte: »Das Schlimmste ist vorbei. Die hoffentlich letzte Panne ist glücklich überwunden.«<sup>11</sup>

Der nach den ersten polizeilichen Vernehmungen klare Sachverhalt der Alleintäterschaft van der Lubbes<sup>12</sup> wurde durch die von der NS-Führung ausgegebene Parole eines kommunistischen Aufstands von vornherein konterkariert. Propagandistisch war das ein grandioses Eigentor der Nationalsozialisten, denn nicht nur für die kommunistische Gegenseite war diese Konstruktion leicht zu durchschauen. Schon aufgrund der realen Machtverhältnisse konnte die KPD kaum an einen organisierten gewaltsamen Aufstand denken. Gefangen in der noch bis 1935 vertretenen Sozialfaschismus-These war zudem ein gemeinsames Vorgehen mit der Sozialdemokratie kaum realistisch. Die Streikaufrufe der Partei oder erste Bündnisangebote an die SPD hatten allenfalls demonstrativen Charakter, da angesichts der Wirtschaftskrise mit 6 Millionen Erwerbslosen spektakuläre Aktionen wie ein Generalstreik – der in den Gewerkschaften deshalb auch nicht ernsthaft erwogen wurde – undenkbar waren. Entscheidend für die Zurückhaltung der KPD aber war, daß sie ebenso wie die SPD den Charakter des neuen Regimes zu der Zeit völlig falsch beurteilte. Beide Parteien glaubten, daß der Nationalsozialismus nur die »letzte Karte« des Kapitalismus sei und nach kurzer Zeit abgewirtschaftet haben werde.

Während sich die Arbeiterparteien so in Verkenning des NS-Systems zunächst abwartend und unkoordiniert auf den Aufbau illegaler Untergrundgruppen beschränkten, jagten die Nazis dem Popanz einer gigantischen Verschwörung nach. Wieder und wieder prophezeite Göring sogar noch in den Wochen nach dem Reichstagsbrand zu erwartende kommunistische Aufstände und glaubte, daß dafür die »wesentlichen Unterlagen« gefunden worden seien.<sup>13</sup> Selbst die deutschnationale Presse mokierte sich über solche Einbildungen, die *Deutsche Allgemeine Zeitung* etwa ging schon am 2. März von der »Unhaltbarkeit« der Vorwürfe aus.<sup>14</sup> Die Obsessionen der Nazis werden ebenso von den spektakulären Verhaftungen des Fraktionsvorsitzenden Torgler, der sich im übrigen selbst bei der Polizei gemeldet hatte, sowie der drei zu der Zeit in Berlin anwesenden Komintern-Funktionäre mit dem Bulgaren Georgi Dimitroff illustriert, während andererseits nach Beweisen für den Umsturz gesucht wurde. Anders ist auch nicht zu erklären, warum sich die Nazis auf das Risiko des Reichstagsbrandprozesses vor dem Reichsgericht einließen, der trotz aller Voreingenommenheit der Prozeßführung mit dem Freispruch der vier Kommunisten endete. Die Blöße, die sich das Regime gab, wird weiterhin durch die seltsame Reise des nationalsozialistischen Torgler-Verteidigers Alfons Sack nach Paris und London unterstrichen, der sich dort – die *Braunbuch*-Propaganda war zu dieser Zeit gerade angelaufen – mit prozeßrelevanten Informationen versorgen wollte.<sup>15</sup>

Die unbewiesenen Anschuldigungen der NS-Führung gegen die Kommunisten provozierten geradezu die bereits unmittelbar nach dem 27. Februar einsetzenden Gerüchte über deren eigene Verwicklung in die Brandstiftung. Sogar in den Reihen der nationalsozialistischen Funktionsträger wurde das für möglich gehalten.<sup>16</sup> Während Goebbels kurz vor dem Brand davon gesprochen hatte, daß »unsere Propaganda nicht nur von der deutschen, sondern auch von der internationalen Presse als vorbildlich und nie dagewesen anerkannt« werde, war das Kabinett nur wenige Tage später nach dem bisherigen Echo recht kleinlaut geworden. Es sei zu prüfen, hielt das Protokoll am 2. März fest, »ob nicht gegen die Auslandspresse etwas unternommen werden könne, die zum Teil schon darüber berichtete, daß der Reichstag von den Nationalsozialisten selbst angezündet worden sei.« Hitler schienen angesichts der unübersehbaren Wirkungen der von der Parteiführung losgetretenen Verdächtigungen Zweifel gekommen zu sein: »Dem Geschrei wäre der Boden entzogen worden, wenn *der Täter* (Hervorhebung von C.-D.K.) sofort aufgehängt worden wäre.«<sup>17</sup>

## III

Erst am 3. März verbreitete das Zentralkomitee der KPD – soweit seine Mitglieder nicht verhaftet waren – eine Erklärung, die jede Verbindung der Partei mit dem Brand wie auch die angeblichen Funde in der Parteizentrale zurückwies. Es bedurfte keines großen Scharfsinns, um die von den Nationalsozialisten erhobenen und vom amtlichen Preußischen Pressedienst verbreiteten Anschuldigungen zu widerlegen. Sufficient wies die Erklärung auf die Merkwürdigkeiten in den ersten Berichten des *Völkischen Beobachters* hin, nach denen die NS-Führung schon unmittelbar nach Ausbruch des Brandes im Reichstag eingetroffen war und sogleich den »Bolschewismus« für die Tat verantwortlich gemacht hatte, Stunden bevor überhaupt die Identität van der Lubbes festgestellt werden konnte.<sup>18</sup> In den Tagen zuvor hatte auch die internationale Presse Zweifel an der nationalsozialistischen Version der kommunistischen Brandstiftung angemeldet und hier und da bereits die Möglichkeit einer selbstinszenierten Provokation angedeutet.<sup>19</sup> Diesen Faden haben die Kommunisten in ihrer Erklärung aufgenommen, und darauf sollte – in akzentuierter Zuspitzung – die folgende *Braunbuch*-Kampagne beruhen.

Zu dieser Zeit konnte von einem organisierten politischen Exil noch nicht gesprochen werden. Die zumeist überstürzte Massenflucht – so auch die Willi Münzenbergs und der künftigen *Braunbuch*-Verfasser – hatte erst mit dem 27. Februar begonnen, und es dauerte naturgemäß einige Wochen, ehe vor allem in Prag und Paris die nötige Infrastruktur entstanden war. Die erkennbaren propagandistischen Fehlleistungen der NS-Führung bei der Funktionalisierung des Reichstagsbrandes zum Ausbau des Gewaltregimes waren in solcher Situation geradezu ein Geschenk für das politische Exil bei der Vorbereitung plausibler antifaschistischer Aktionen. Aus der Distanz konnten sie sich zwar nur auf das Wort erstrecken, doch die anlaufende Gegen-Propaganda erfüllte gleich mehrere Zwecke. Sie diente der eigenen Formierung im Exil, sie wirkte als Ermutigung für den innerdeutschen Widerstand und sie richtete sich als mobilisierender Appell an die internationale Öffentlichkeit.

Wenn diese frühe Propaganda des Exils vor allem mit der *Braunbuch*-Kampagne bzw. den Aktivitäten Willi Münzenbergs verbunden wird, so heißt das nicht, daß er und seine Mitstreiter das Thema Reichstagsbrand allein besetzt hatten. Fast jede politische Exil-Gruppierung hat sich dazu geäußert, man denke nur an Erich Kuttners für die Sozialdemokratie publizierte Schrift *Reichstagsbrand. Wer ist verurteilt?*, an die von Berthold Jacob für die Deutsche Liga für Menschenrechte herausgegebene Broschüre *Wer? Aus dem Arsenal der Reichstagsbrandstifter* oder an die Darstellung von Einzelgängern wie Theodor Kramers *Blut-März. Enthüllungen zum Reichstagsbrand*, um nur

einige wenige Beispiele zu nennen. Welche Bedeutung dem Ereignis zudem international beigemessen wurde, mögen ferner die umfassenden Studien des Schweizer Journalisten Ferdinand Kugler *Das Geheimnis des Reichstagsbrandes* und des *Times*-Korrespondenten Douglas Reed *The Burning of the Reichstag* andeuten. Alle diese Schriften erschienen jedoch erst nach dem Reichstagsbrandprozeß, das heißt lange nach den spektakulären Publikationen der Münzenberg-Gruppe.<sup>20</sup>

Auffallend ist, daß die Veröffentlichungen der unterschiedlichen Gruppen im Aufbau und ihre Schlußfolgerungen erkennbar den Vorgaben des *Braunbuchs* folgten. Schon das dokumentiert seine fulminante Durchschlagskraft. Reaktionsschnell präsentierte das bereits am 1. August 1933 erschienene *Braunbuch* die erste systematische Darstellung und Hintergrundanalyse nicht allein des Reichstagsbrandes, sondern auch des neuen Regimes in Deutschland und setzte damit die argumentativen Maßstäbe. Die antifaschistische Propaganda der Sozialdemokratie kam demgegenüber sehr viel zögernder in Gang. Erst im Sommer 1933 konstituierte sich die SOPADE aus den exilierten Teilen des Parteivorstands in Prag, und ihre nicht weniger zahlreichen Beiträge zum Kampf gegen Hitler erschienen erst gegen Ende des Jahres im Karlsbader Graphia-Verlag. Zunächst waren das – wie etwa die programmatische Schrift *Neu beginnen!* von Walter Löwenheim (Miles) – eher der internen Klärung dienende theoretische Analysen, an die sich erst später zahlreiche Darstellungen zur Aufklärung über das Terrorsystem in Deutschland anschließen sollten. Mit Gerhard Segers in diverse Sprachen übersetztem Erfahrungsbericht *Oranienburger* erreichte die Sozialdemokratie ab 1934 dann auch die breitere internationale Öffentlichkeit, besonders in den USA.<sup>21</sup>

Die Einzelheiten des organisatorischen Rahmens der Münzenberg-Offensive, die Gründung des »Hilfskomitees für die Opfer des deutschen Faschismus« in wichtigen europäischen Metropolen mit prominenten, nichtkommunistischen Repräsentanten, in dessen Auftrag auch das *Braunbuch* formell publiziert wurde, oder die Übernahme der Editions du Carrefour in Paris als Zentralverlag der künftigen Propaganda, sollen hier nicht interessieren. Bedeutender waren die ersten publizistischen Aktionen der Münzenberg-Gruppe. Schon Mitte April wurde aus ihrem Kreise dem Pariser Vertreter des angesehenen liberalen *Manchester Guardian* ein anonymes Manuskript zur Veröffentlichung übergeben, das aus dem inneren Kreis der Macht in Deutschland stammen sollte und die nationalsozialistischen Kabinettsmitglieder als Drahtzieher der Brandstiftung benannte. Anfang Mai wurde bekannt, daß der Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen, Ernst Oberföhrn, nach schweren innerparteilichen Konflikten mit dem Parteivorsitzenden und Wirtschaftsminister Alfred Hugenberg Selbstmord begangen hatte. Durch diesen Zufall ließ sich für jenen anonymen Text ohne Risiko ein Verfasser namhaft machen. Das fortan sogenannte Oberföhrn-Memo-

randum war das erste Dokument mit quasi offiziellem Charakter, welches die Schuld der Nationalsozialisten am Reichstagsbrand nachwies. Es erschien sogleich als Broschüre in deutscher und englischer Sprache sowie als Abdruck in verschiedenen Exil-Zeitschriften, die sich bei der Veröffentlichung auf den unzweifelhaften ersten Fundort im *Manchester Guardian* Ende April berufen konnten.<sup>22</sup> In der Hektik der Produktion fielen einige gravierende Widersprüche in den verschiedenen Versionen nicht weiter auf. Während nach der englischen Fassung ein Journalist den Text nach den Angaben Oberföhrens verfaßt haben sollte und davon einige Kopien heimlich in Deutschland zirkulieren ließ, hatte nach der deutschen Ausgabe dieser den Text selbst verfaßt und der englischen Zeitung zukommen lassen. Abweichend waren ebenso die Angaben über die Todesumstände Oberföhrens, der sich einmal freiwillig erschossen haben sollte, das andere Mal von der SA bei einer Haussuchung zur Selbsttötung gezwungen worden sei. Im *Braunbuch* wurde das Memorandum dann als Schlüsselbeweis eingeführt, der die Richtigkeit der dort zuvor abgedruckten, nur auf Vermutungen beruhenden Berichte aus der Weltpresse bestätigte.<sup>23</sup>

Das war nur der erste Coup, der die Nationalsozialisten bereits propagandistisch in die Defensive brachte. In einem wütenden Artikel des *Völkischen Beobachter* hatte sich Goebbels schon am Tag nach der Veröffentlichung des *Manchester Guardian* gegen die »unverschämte Verleumdung und Verunglimpfung der Reichsregierung« ereifert. Diese legte auch sogleich massiven Protest in London ein. Denn prekär für die NS-Führung war, daß die Gedankenführung der Denkschrift sich nicht nur in der Presse der Emigranten fand, sondern auch in den großen liberalen Blättern des Auslandes. In seiner Anfang 1934 erschienenen Monographie über den Reichstagsbrand-Prozeß suchte der Torgler-Verteidiger Sack zwar nachzuweisen, daß das Oberföhren-Memorandum auf die Erklärung des ZK der KPD von Anfang März zurückgehe, doch mehr als eine Vermutung bot er nicht, die von ihm angeführten stilistischen Gründe und der Argumentationsduktus geben das nicht her. Dennoch lag Sack nicht falsch. Nach späteren Aussagen von Harry Schulze-Wilde, dem ehemaligen Sekretär Theodor Pliviers, soll Albert Norden, bis zum Verbot am 28. Februar Redakteur der *Roten Fahne*, das Memorandum verfaßt haben.<sup>24</sup>

An diesen agitatorischen Erfolg knüpften die fieberhaften Vorbereitungen für das *Braunbuch* seit der ersten Mai-Hälfte an. Sie wurden flankiert von der Herausgabe der neuen Zeitschrift des Hilfskomitees unter dem programmatischen Titel *Der Gegen-Angriff* als Antwort auf die von Goebbels geführte Zeitschrift *Angriff*. Unter Federführung des Journalisten Otto Katz (André Simone) verstand es Münzenberg, zahlreiche intellektuelle Fellow Travellers dafür zu gewinnen, unter ihnen Alfred Kantorowicz, Arthur Koestler und Gustav Regler, die über die Entstehung des *Braunbuchs* ausführlich

berichtet haben.<sup>25</sup> Der Argumentationsrahmen war weitgehend abgesteckt, die »kriminalistische« Aufgabe bestand nur noch darin nachzuweisen, den gestellten van der Lubbe – die einzig gesicherte Tatsache in der Propaganda-Schlacht beider Seiten – als Werkzeug und Helfer der Nationalsozialisten erscheinen zu lassen, da angesichts des Brandausmaßes – so die übereinstimmende Annahme aller zeitgenössischen Beobachter – ein einzelner die Tat unmöglich allein begangen haben konnte. Mit dem berühmten unterirdischen Gang, der das Haus des Reichspräsidenten Göring und das Parlament verband, konnte ohne weiteres eine Tatbeteiligung der SA konstruiert werden. Auf diesen Gang war ebenfalls schon in der öffentlichen Diskussion nach dem 27. Februar aufmerksam gemacht worden, allerdings nur als Fluchtweg der weiteren Brandstifter.<sup>26</sup> Die Originalität des *Braunbuchs* bestand nur darin, das Argument umzukehren und jenen Gang als »strategische Anmarschstraße für die Brandstifterkolonne« ins Spiel zu bringen. Und die Verbindung des Holländers zur SA wurde über unterstellte homosexuelle Kontakte zum Milieu des Stabschefs der SA, Ernst Röhm, gezogen, dessen Neigungen öffentlich bekannt waren. Wie im Fall des Oberfohren-Memorandums wurde dafür wiederum ein toter Zeuge reklamiert, der Anfang April 1933 von den eigenen Leuten erschossene ehemalige Freikorps-Mann und Ex-Nationalsozialist Georg Bell. Er hatte zu den engen Vertrauten Röhm gehört und war Mitwisser eines 1931 geplanten Attentats auf Hitler aus Kreisen der SA gewesen, um die »Verbonzung« der Partei unter seiner Führung zu verhindern.<sup>27</sup>

Die von Koestler später beschriebene Strategie der *Braunbuch*-Mitarbeiter, die mangels unmittelbarer Beweise »auf Deduktion, Intuition und Pokerbluff« zurückgreifen und sich aufs Raten und »Schüsse ins Blaue« verlassen mußten<sup>28</sup>, war um so wirkungsvoller, als das »Blindekuhspiel« um die Ursachen des Reichstagsbrandes nur den kleinsten Teil des *Braunbuchs* ausmachte. Und selbst dort wurden die manipulierten Konstruktionen noch recht geschickt verpackt. Im Zentrum dieser Abschnitte – knapp 60 der insgesamt 400 Seiten – stand die Katalogisierung von auffallenden Widersprüchen in den amtlichen Verlautbarungen der Reichsregierung und der deutschen Presseagenturen, vor denen sich die eigenen falschen (Oberfohren-Memorandum, van der Lubbes Beziehungen zur SA) und die vermuteten Tatsachenbehauptungen (der unterirdische Gang), gemischt mit richtigen Sachverhaltsdarstellungen (z. B. Görings frühere Morphiumsucht in Schweden nach seiner Flucht aus Deutschland nach dem Hitler-Putsch in München 1923) relativ unscheinbar ausnahmen. Ihre Überzeugungskraft gewannen diese Passagen vor allem durch die Einbettung in die allgemeine Geschichte des NS-Terrors, die den größten Teil des *Braunbuchs* einnahm. Sie gaben in systematischer Aufbereitung das wieder, was bekannt war und zuvor in den Zeitungen gestanden hatte.<sup>29</sup> Hier und da scheint zwar die politische

Affinität der Verfasser durch, so beispielsweise, wenn aus den Wahlergebnissen in der Schlußphase der Weimarer Republik der »ununterbrochene Aufstieg« der Kommunistischen Partei hergeleitet wird.<sup>30</sup> Doch waren das eher marginale Einsprengsel, zudem noch umrahmt von Verlautbarungen neutraler ausländischer Beobachter über die Verhältnisse in Deutschland. Das letzte Kapitel mit der ursprünglich geplanten Überschrift »Faschistische Zwangsherrschaft oder Sozialismus« wurde aus Rücksicht auf den weiteren Adressatenkreis sogar moderater in »Der heroische Kampf der deutschen Arbeiter« umbenannt.

Nicht zuletzt beruht der durchschlagende Erfolg des *Braunbuchs* auf seiner formalen Gestaltung. Die Aufmachung als kollektives Gemeinschaftswerk anonymer Autoren unterstrich den sachlich-dokumentarischen Charakter dieser ersten Gesamtdarstellung des NS-Systems. Die Wahl des Titels gab ihm zusätzlich einen quasi offiziellen Anstrich, denn er reihte sich in die seit dem 19. Jahrhundert verbreitete Tradition der sogenannten Farbbücher europäischer Staaten und Regierungen ein, deren diplomatische Schriftstücke nach der Farbe des Umschlags benannt wurden (Weiß-, Blaubücher etc.).

Schließlich stellten die Internationale Arbeiter-Hilfe bzw. die Komintern die nötigen Mittel für die weltweite Verbreitung bereit. In wenigen Monaten wurde das *Braunbuch* in mehr als 20 Sprachen übersetzt, nicht nur in die großen Weltsprachen – in denen es mit jeweils mehreren Auflagen erschien –, sondern auch ins Jiddische, Iwrit, Flämische oder Japanische. Insgesamt sollen mehr als 500.000 Exemplare erschienen sein, zu denen noch unterschiedliche, als Tarnschriften aufgemachte Ausgaben zur illegalen Verbreitung in Deutschland kamen.<sup>31</sup> Unter dem Titel *Dimitroff contra Göring. Enthüllungen über die wahren Brandstifter* erschien nach diesem publizistischen Erfolg Anfang 1934 noch das sogenannte *Braunbuch II*<sup>32</sup>, ebenfalls in mehrfachen Übersetzungen und Auflagen. Sein Gegenstand war, wie der Titel andeutet, der Leipziger Reichsgerichtsprozeß vom Herbst 1933, zu dem Stellungnahmen international bekannter Schriftsteller wie Romain Rolland und Lion Feuchtwanger sowie eine aktuelle Chronologie des täglichen Terrors seit dem 30. Januar 1933 mit mehr als 700 politischen Morden gebracht wurden. Die Wirkung des ersten *Braunbuchs* hatte es allerdings nicht mehr, da es nur dessen Tenor wiederholte.

Spektakulärer waren stattdessen andere Aktivitäten der Münzenberg-Gruppe im Vorfeld des Leipziger Prozesses gewesen, um die Mobilisierungskampagne in der internationalen Öffentlichkeit fortzusetzen. Da es der Internationalen Arbeiter-Hilfe nicht gelungen war, prominente ausländische Anwälte zur Verteidigung der vier angeklagten Kommunisten nach Leipzig zu schicken – das Reichsgericht hatte das nach der Strafprozeßordnung formal korrekt abgelehnt –, organisierte Münzenberg den sogenannten Lon-

doner Gegenprozeß, für den international bekannte Persönlichkeiten als Sachverständige gewonnen wurden – unter ihnen aus Großbritannien der Königliche Rat Denis Nowell Pritt, ein Fachanwalt für internationales Recht, der den Vorsitz führte und später auch das Vorwort zum *Braunbuch II* schrieb, sodann der Amerikaner Arthur G. Hays, ehemals Verteidiger Sacco und Vanzetti, der Pariser Strafverteidiger Vincent Moro-Giafferi sowie der schwedische Anwalt und sozialdemokratische Parlamentarier Georg Branting. Auch dieses Unternehmen war mehr als ein platter Propagandazug. Mit dem *Braunbuch* quasi als Anklageschrift ermittelte die internationale Untersuchungskommission, wie sich die Londoner Veranstaltung offiziell nannte, die Tatumstände des Reichstagsbrandes auf der Basis umfassender Zeugenbefragungen aus den unterschiedlichen Lagern des politischen Exils und von Kennern der Verhältnisse in Deutschland, darunter der ehemalige sozialdemokratische Innenminister in Preußen und Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski, der frühere Vorsitzende der SPD-Reichstagsfraktion Rudolf Breitscheid sowie der Chefredakteur der liberalen *Vossischen Zeitung* und Wirtschaftspolitiker Georg Bernhard.

Wenn Fritz Tobias die Mitglieder der Untersuchungskommission später in überzogener Polemik als »ahnungslose Engel« zwischen den kommunistischen Teufeln in Paris und den Nazi-Dämonen in Berlin oder Leipzig« charakterisiert hat<sup>33</sup>, wobei er unzulässigerweise das Verfahren in London juristisch mit dem Leipziger Prozeß auf eine Stufe stellt, so mißversteht er den demonstrativen Akt in London und unterstellt den Beteiligten die Funktion nützlicher Idioten Münzenbergscher Manipulationen. Unschwer ist jedoch zu erkennen, daß das Verfahren in der britischen Hauptstadt etwas vorbereitete, was in den 1960er Jahren mit den Russell-Tribunalen unter anderem gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam fortgesetzt wurde. Unabhängig von diplomatischen Gepflogenheiten der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, auch nicht ausgestattet mit politischer Legitimation oder anderen Machtbefugnissen erhob eine Gemeinschaft von Intellektuellen ihre Stimme als moralisches Gewissen.

Das Thema in London war im übrigen nicht von der Münzenberg-Gruppe künstlich lanciert worden, es interessierte nicht nur die direkt betroffenen Exilanten aus Deutschland, sondern war auch in der internationalen Öffentlichkeit diskutiert worden. Wie zuvor das *Braunbuch* nahmen die Londoner Verhandlungen dieses öffentliche Interesse auf. Und sie wurden in Deutschland sichtlich ernst genommen, wie die beobachtende Teilnahme von Alfons Sack sowie verschiedene Anfragen des Oberreichsanwalts bei den Untersuchungsführern in London dokumentieren.<sup>34</sup> Auch war es nicht so, daß die Londoner Kommission nur das bestätigte, was das *Braunbuch* bereits vorgegeben hatte, wie Sack und ihm folgend Tobias behaupten. Die homosexuellen Beziehungen von der Lubbe zur SA-Führung wies sie als unwahr-

scheinlich zurück, und das Oberfohren-Memorandum wurde ebenfalls wegen fehlender Evidenz nicht berücksichtigt. Die Kommission hat auch kein Urteil gefällt, wie Tobias fälschlicherweise annimmt, sondern nur »Schlußfolgerungen« aus dem öffentlich zugänglichen Material und den Zeugenvernehmungen gezogen, nämlich (1) daß van der Lubbe kein Mitglied der kommunistischen Partei war, (2) daß er den Brand nach den Umständen nicht allein begangen haben konnte und (3) »daß ein solcher Brand zu der in Frage kommenden Zeit von großem Vorteil für die nationalsozialistische Partei war.« Diese Schlußfolgerungen richteten sich als Appell an das Deutsche Reich, »daß jede rechtsprechende gerichtliche Instanz«, so der Schlußsatz, »diesen Verdachtsmomenten nachzugehen verpflichtet ist.«<sup>35</sup>

Der politische Effekt der Londoner Verhandlungen bestand vor allem darin, die Untersuchungsergebnisse zeitlich exakt terminiert am Tag vor Beginn des Leipziger Prozesses am 20. September 1933 bekanntgegeben zu haben. Flankiert wurde die Veröffentlichung – nur darin ist die Handschrift der Münzenberg-Kampagne zu erkennen – von täglichen Extrablättern des *Gegen-Angriff* seit 15. September sowie von einer Vielzahl von Broschüren des Weltkomitees für die Opfer des Hitlerfaschismus, die, an unterschiedliche Adressatenkreise gerichtet, das breite Spektrum von der sachlichen Berichterstattung bis hin zur reißerisch aufgemachten Sensationspropaganda abdeckten. Unter Beteiligung weiterer internationaler Rechtsgelehrter wurde beispielsweise die Leipziger Anklageschrift wiederum mit widerlegenden Argumenten veröffentlicht, daneben wurden ganze Schriftenreihen zum Terror, zur *Peste Brune* in Deutschland in Umlauf gesetzt. Die dort beigegebenen Bilder, zum Teil aus dem *Braunbuch* übernommen, mehrheitlich jedoch neues Material aus den Konzentrationslagern und Zeugnisse der alltäglichen öffentlichen Repression vor allem gegen die jüdische Bevölkerung, häufig sogar von deutschen Agenturen, fanden auf diesen Wegen große Verbreitung, und sie gehören heute zu den visuellen Standarddokumenten aus den ersten Jahren der NS-Herrschaft.<sup>36</sup>

Augenscheinlich übersahen die Veranstalter der Broschürenflut ihre Produktionen bald selbst nicht mehr im einzelnen. Eine Aufstellung der Schriften, Flugblätter, Bulletins und anderer Materialien des Hilfskomitees zum ersten Jahrestag seines Bestehens erfaßte nur einen Teil dieser Erzeugnisse, obwohl die dort angegebenen 66 Propagandaschriften – davon 18 in deutscher, 15 in französischer und 21 in englischer Sprache, bei letzteren 14 in den USA – mit Auflagen jeweils zwischen 5.000 und 50.000 Exemplaren bereits einen quantitativ bemerkenswerten Umfang hatten.<sup>37</sup> In der Organisations- und Planungshektik unterliefen den Strategen zuweilen gravierende taktische Fehler, die dem Gegner allzu leicht Angriffsflächen boten und damit den Erfolg der Aktionen gefährdeten. Die sachliche Distanz der Londoner Kommission und ihre so detailgenau publizierten Ergebnisse wur-

den beispielsweise dadurch konterkariert, daß Moro-Giafferi kurz vor deren Zusammentreten in Paris eine emotional gestimmte und pathetisch formulierte öffentliche Rede gehalten hatte, die zeitgleich unter dem provozierenden Titel *Göring, der Brandstifter bist Du!* als Zeitschriften-Artikel und in Broschürenform publiziert wurde.<sup>38</sup> Moro-Giafferi, immerhin Mitglied der Kommission, dokumentierte damit, daß er schon wußte, was herauszufinden deren Aufgabe sein sollte. Für Alfons Sack etwa war das eine nur allzu gern aufgenommene Bestätigung seiner bzw. der nationalsozialistischen Vermutungen über das Londoner Unternehmen. Hatte er bei seinem Aufenthalt in England noch sichtlich irritiert das große öffentliche Interesse an den Verhandlungen, die Sachlichkeit der Presseberichte sowie insbesondere die Gelassenheit der britischen Regierung zur Kenntnis nehmen müssen, die auf deutschen Druck lediglich erklärte, daß der Untersuchungsausschuß eine private Angelegenheit der Initiatoren sei, so war es ihm nunmehr eine um so größere Genugtuung zu sehen, wie sich jener »Anwalt des Rechts« selbst und damit das ganze Londoner Komitee desavouierte: »Jetzt saß er, den jedes Gericht der Welt als befangen hätte ablehnen müssen, als ›Richter‹ in diesem Raum, war also ›Richter‹ und ›Ankläger‹ in einer Person.«<sup>39</sup>

Gleichwohl zeigte der Leipziger Prozeß vom 20. September bis zum Urteil am 23. Dezember 1933, daß die Münzenberg-Propaganda und ihre zeitlich abgestimmte Regie aufgegangen waren. Nicht nur beherrschte das *Braunbuch* als »sechster Angeklagter« die Verhandlungen – sogleich brachte Münzenberg dazu eine neue Broschüre unter dem Titel *Der Kampf um ein Buch* in 20.000 Exemplaren heraus.<sup>40</sup> Der Freispruch der vier mitangeklagten Kommunisten, der für Ernst Torgler allerdings die Überführung ins Konzentrationslager bedeutete, ließ die bisherige Denunziationskampagne gegen sie trotz massiven Drucks auf das Gericht wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Die Hinrichtung van der Lubbes Anfang Januar 1934 nach einem rückwirkenden Sondergesetz vom 29. März 1933, von der Reichsregierung wenige Tage nach dem Ermächtigungsgesetz beschlossen, bestätigte im übrigen den Tenor des *Braunbuchs*, daß in Deutschland nicht einmal mehr der Anschein von Bindung an die traditionelle Rechtskultur aufrechterhalten wurde.

Wie sehr das NS-Regime durch die *Braunbuch*-Propaganda in die Defensive geraten war, zeigten die offiziellen Reaktionen. Nach Erscheinen einer zustimmenden Rezension zum *Braunbuch* in der englischen Wirtschaftszeitung *The Economist* – sie sei hier exemplarisch für das internationale Presseecho angeführt – empörte sich der deutschnationale Finanzminister Schwerin von Krosigk nicht zuletzt aus Angst, ausländische Wirtschaftskreise könnten die Boykott-Aufrufe verschiedener internationaler Gewerkschaften gegen Nazi-Deutschland unterstützen, in einem offenen Brief an den Herausgeber Walter Layton darüber, daß er die »einseitige Darstellung« der Emi-

granten »kritiklos« übernommen habe. Seine Aufregung war um so berechtigter, als der *Economist* die Besprechung nicht allein unter den »leading articles« des laufenden Heftes vom 2. September, und dann auch noch mit dem augenfälligen Titel »The Hitler Terror« plazierte hatte. Sie gipfelte zudem in dem eindeutigen Schluß, daß diese Dokumentation zwar hier und da aus dem Blickwinkel des philosophischen Marxismus argumentiere, in der Substanz jedoch sei sie »a terrible and damning indictment of the aims, methods and spirit of the Nazi movement« und habe damit eine wertvolle Aufklärung darüber geliefert, welche Bedrohung das neue Regime in Deutschland für die gesamte zivilisierte Welt darstelle. Auf Schwerin von Krosigks Klage über die Einseitigkeit der Berichterstattung reagierte Layton nur noch mit sarkastischer Ironie. Er glaube kaum, daß seine Zeitschrift die Regeln des journalistischen »fair play« verletzt habe, wenn man die offiziellen Verlautbarungen führender deutscher Politiker lese, die jeder Rechtsnorm widersprechend die Schuld der Kommunisten behaupteten, ehe der bevorstehende Prozeß darüber ein Urteil gefällt habe, zudem in einer Sprache, die alle zivilen Standards hinter sich gelassen habe. Und schließlich: »As regards the ›Terror‹, it is not denied in Germany that the Nazi revolution has been accompanied by murders and acts of cruelty, nor that the Government is still responsible for systematised oppression of liberty – e. g. the concentration camps.«<sup>41</sup>

Kurz vor Beginn des Leipziger Prozesses hatte Goebbels als Antwort auf das durch das *Braunbuch* und das Londoner Untersuchungsergebnis ausgelöste verheerende internationale Echo bei einer Pressekonferenz eine eilig zusammengestellte und in mehrere Sprachen übersetzte Broschüre verteilen lassen. Sie wollte mit den im Karl-Liebknecht-Haus gefundenen Materialien spektakuläre »Enthüllungen über den kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der nationalen Revolution« liefern, bot tatsächlich aber nicht mehr als eine Kompilation von Äußerungen aus früher veröffentlichten kommunistischen Schriften, garniert mit umfassenden Bildmaterialien von Aufständen aus den frühen zwanziger Jahren.<sup>42</sup> Im Eifer hatten die Autoren auch nicht bemerkt, daß sie die angeblichen Umsturzanweisungen der KPD auf unterschiedliche Zeiten datierten, einmal auf den 28. Februar, wenige Seiten später auf den Wahltag am 5. März. Wohlweislich hatte das Propaganda-Ministerium dieses Werk nicht offiziell und in eigenem Namen herausgegeben, sondern vom Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen veranstalten lassen, von dem es sich nach jenen peinlichen Fehlern und nur allzu deutlich zu durchschauenden Absichten wenige Wochen später distanzierte.<sup>43</sup>

Diese Blamage suchte der Verband dadurch wieder gut zu machen, daß er über den Reichstagsbrand nunmehr einen Profi schreiben ließ, den bekannten Feuilletonisten aus der alldeutschen Bewegung Adolf Stein, in den zwan-

ziger Jahren bekannt unter dem Pseudonym »Rumpelstilzchen«. Leitmotivisch rechnete dessen Werk mit dem »Lügenbuch der Internationale« ab, wobei es an die strategischen Propaganda-Topoi der Nationalsozialisten aus den zwanziger Jahren anknüpfte, die mit der Unterscheidung von korrupten Bonzen und verführter Masse breitere Sympathie unter den Arbeitern zu gewinnen hoffte. Das von den »geflüchteten Pavianen der jüdischen Intellektuelle« fabrizierte Geschrei sei von den »Millionären und Salonbolschewisten Münzenberg und Einstein und Genossen« über die Welt verbreitet worden, während das »Dritte Reich« den von ihnen Verführten »brüderlich die Arme geöffnet« habe: »Solch eine anständige Staatsumwälzung hat es noch nie gegeben.« Und das Goebbels-Diktum von den Emigranten als »Kadaver(n) auf Urlaub« suchte Stein blutrünstig zu übertreffen: »Der Kadaver des blutigen, kronenlosen Tieres aus dem Abgrunde ist verscharrt und stinkt nur noch unter den Emigranten im Auslande.«<sup>44</sup>

Noch hilfloser fiel die Herausgabe eines zweiten *Anti-Braunbuchs* aus.<sup>45</sup> Der Verfasser Jakob Trachtenberg, vermutlich ein weißrussischer jüdischer Emigrant in Goebbels' Diensten, hatte bereits zuvor im Auftrag des Auswärtigen Amtes quasi als unzweifelhafter Kronzeuge ein dreisprachig aufgemachtes Buch gegen die »Greuelpropaganda« des Auslandes nach dem ersten organisierten Judenboykott vom 1. April 1933 vorgelegt, das über die deutschen konsularischen Vertretungen verbreitet wurde.<sup>46</sup> Sein *Anti-Braunbuch*, das laut Vorwort schon 1933 abgeschlossen worden war, aber erst 1934 publiziert wurde, da es in merkwürdiger Selbsteinschätzung des Verfassers das Urteil des Reichsgerichts nicht beeinflussen wollte, suchte im Stil der berüchtigten antisemitischen Protokolle der Weisen von Zion den Nachweis zu führen, daß nicht nur die Kommunisten in Deutschland, sondern eine internationale jüdisch-bolschewistische Verschwörung – das Leitmotiv der völkischen Bewegung seit 1918 – die Welt bedrohe. Ohne direkt auf den Reichstagsbrand einzugehen, leitete es aus diversen Brandkatastrophen der jüngsten Vergangenheit in Europa gezielte Anschläge ab, woraus dann der spektakuläre Schluß gezogen wurde: »Die Kommunisten sind auch Brandstifter.«<sup>47</sup> Die Primitivität und Vulgarität auch dieses Werks waren dem Propaganda-Ministerium in jener Phase offenbar ebenfalls so peinlich, daß es offiziell im Selbstverlag erschien und der Verfasser wie der angebliche Übersetzer in vorangestellten eidesstattlichen Versicherungen erklärten, »auf eigene Initiative« gehandelt zu haben.

Schließlich folgte als ein drittes *Anti-Braunbuch* noch die Anfang 1934 erschienene Geschichte über Oranienburg, eines der ersten deutschen Konzentrationslager.<sup>48</sup> Wie schon im Pamphlet von Adolf Stein traten hier die »aufrechten Proleten« als Verführte ihrer intellektuellen Führer auf, die sich am Tage der nationalen Revolution feige ins Ausland abgesetzt hätten. Wer nach dieser Lesart den von der NS-Führung angenommenen und noch im

ersten *Anti-Braunbuch* dargestellten kommunistischen Umsturz vorbereitet haben könnte, war den Verfassern nicht mehr der Rede wert. Das Konzentrationslager wurde als bukolische Idylle dargestellt, aus der die »politisch Danebengeratenen« nach der geistigen und seelischen Selbstbefreiung überhaupt nicht mehr fort wollten: »Das, was wie ein Alpdruck auf ihrem Gewissen gelastet hatte, schwand wie ein böser Spuk.« Die Mehrheit der Lagerinsassen habe sehr schnell erkannt, daß die »Schreiber des Braunbuchs und ähnlicher trauriger Elaborate« nur »Emigrantestandpunkte« repräsentierten, die von der tatsächlichen Lage in Deutschland nichts wußten und daher nur zu »Haß und niedrigem Rachegefühl aufgrund ihres eigenen Versagens fähig seien.«<sup>49</sup>

Die nachhaltige Wirkung des *Braunbuchs* mag schließlich daran zu erkennen sein, daß es noch Jahre später in die Kalküls der NS-Politik einbezogen wurde. Anfang 1935 stand das Reichsjustizministerium vor der Frage, wie dem inhaftierten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann der Prozeß zu machen sei und welche Wirkung dieser womöglich in der Öffentlichkeit haben würde. Die Anklageschrift des Oberreichsanwalts war außerordentlich dürftig ausgefallen; er mußte einräumen, daß der Vorwurf des Hochverrats (§§ 83 und 85 StGB) höchst unsicher sei und allein von der Beurteilung der Ereignisse im Januar und Februar 1933 abhinge: »Das einzig Besondere an dem Verfahren sei, daß es sich gegen die Person Thälmanns richte. Sensationslüsterne Gemüter würden in keiner Weise auf ihre Rechnung kommen.«<sup>50</sup> So stand der Justizminister vor einem Dilemma. Das Propaganda-Ministerium drängte auf ein spektakuläres Gerichtsverfahren, das wenigstens diesmal »der Welt die durch den Nationalsozialismus von allen westeuropäischen Staaten abgewandte Gefahr des Kommunismus mit aller Deutlichkeit vor Auge führe.« Dagegen hielt das Auswärtige Amt das Ansinnen, den Prozeß »in den Dienst einer groß angelegten antikommunistischen Propaganda zu stellen, ... für vollkommen indiskutabel.« Er würde nur die Peinlichkeiten des Reichstagsbrand-Prozesses wiederholen und den »Auslandskreisen« wiederum »willkommenen Anlaß zu einem neuen wütenden Pressefeldzug gegen das heutige Deutschland bieten«. Einen dritten Weg gab schließlich das Innenministerium vor: Von einem Prozeß sei aus innen- und außenpolitischen Gründen abzusehen, wenn »nicht Enthüllungen von ganz außerordentlicher Bedeutung über die kommunistische Gefahr« beigebracht werden könnten. Den Prozeß hat es dann auch nie gegeben; bis zu seiner Ermordung 1944 in Buchenwald ist Thälmann ohne förmliche Anklage inhaftiert geblieben.

Im Rückblick hat Arthur Koestler bemerkt, daß die erste Propagandaschlacht zwischen den Nazis und den Exilanten um die Ursachen des Reichstagsbrandes mit einer völligen Niederlage der Nazis endete: »Es war die einzige Niederlage, die wir ihnen in den sieben Jahren vor dem Krieg zufügen konnten.«<sup>51</sup> Unter den deutschen politischen Flüchtlingen hatte es die Mün-

zenberg-Gruppe mit der *Braunbuch*-Aktion eindrucksvoll verstanden, vor der internationalen Öffentlichkeit die Existenz eines anderen Deutschland deutlich zu machen. Zu einem sehr frühen Zeitpunkt brach sie nicht nur den Goebbels-Anspruch auf das Informations- und Meinungsmonopol, sondern konterkarierte auch dessen Versuch, die Identität von Nationalsozialismus und deutscher Gesellschaft herauszustreichen. Daß den Exilanten weitere Erfolge versagt bleiben sollten, lag zum einen am Unverständnis des Auslands für die wirkliche Bedrohung durch den Nationalsozialismus, zum anderen an der fortdauernden Zersplitterung der im Exil weiterbestehenden politischen Gruppierungen.

Zwar mag die von Münzenberg organisierte und im *Braunbuch* symbolisierte Kooperation flexibler kommunistischer Strategen und intellektueller Multiplikatoren einen Eindruck davon vermitteln, welche Durchschlagskraft erfolgreiche Exilanten-Offensiven gegen die nationalsozialistische Bedrohung haben konnten (an diese Wirkung sollten noch weitere Publikationen der Editions du Carrefour anknüpfen<sup>52</sup>), doch sind hier auch die Ursachen für die bald erkennbare Ausgrenzung Münzenbergs und anderer Kommunisten aus der Partei zu suchen. Während seine Publikationen den Kampf in parteiübergreifender Zusammenarbeit auf den Nationalsozialismus ausrichteten, herrschten in den parteipolitischen Gruppierungen des Exils weiterhin die alten verhärteten, rückwärtsgewandten Bunkermentalitäten aus den zwanziger Jahren. Die »ständige mechanische Wiederholung schematischer Formeln und Parolen«, so Münzenberg später in seiner Austrittserklärung an die Adresse der eigenen Genossen, kennzeichneten eine Politik, die 1933 den Sieg Hitlers nicht verhindern konnte und deshalb wenig geeignet sei, »die noch größere und schwerere Aufgabe zu lösen, die Hitlerregierung zu stürzen und das nationalsozialistische Diktaturregime zu zerstören«.<sup>53</sup>

Nach seiner Lösung von den Kommunisten knüpfte Münzenberg ab 1938 mit der neuen Zeitschrift *Die Zukunft*, für die er Mitarbeiter aus allen politischen und weltanschaulichen Lagern gewann, an jene offene Bündnisstrategie von 1933 an.<sup>54</sup> Französische und englische Sondernummern sowie die Gründung der »Union Franco-Allemande« dokumentierten darüber hinaus den Anspruch, ein exil- bzw. grenzüberschreitendes Netzwerk von Kontakten aufzubauen. Die Zeitschrift verstand sich nicht allein als Sammlung gegen den Nationalsozialismus, sondern, wie es im Untertitel heißt und wie der internationale Mitarbeiterkreis belegen sollte, als Sprachrohr für ein neues Europa. Münzenbergs noch Anfang 1940 vorgetragene Vision einer geeinten Arbeiterklasse ohne Herrschaftsanspruch einer »Einheitspartei nach stalinistischem Muster« in einem geeinten Europa veranschaulicht, wie weit er sich im Lernprozeß des Exils von seiner eigenen Vergangenheit gelöst hatte.<sup>55</sup>

## IV

Welche durchschlagende Wirkung die *Braunbuch*-Kampagne über den unmittelbaren zeitgenössischen Anlaß hinaus hatte, zeigt die Tatsache, daß über den Reichstagsbrand noch in der Nachkriegszeit lebhaft diskutiert wurde und daß ihre Version der Brandursachen Eingang in die historische Forschung fand. Mitte der fünfziger Jahre erhielt der Journalist Richard Wolff, ein ehemaliger Emigrant, von der Bundeszentrale für Heimatdienst (heute: für politische Bildung) den Auftrag, das umstrittene Geheimnis des Brandes endgültig zu klären. Diese erste wissenschaftliche Untersuchung brachte nicht mehr, als die *Braunbuch*-These von der Mittäterschaft der Nationalsozialisten zu bestätigen.<sup>56</sup> Nach weiteren Dokumentationen, so etwa die des Journalisten und früheren Emigranten Curt Riess im *Stern*<sup>57</sup>, veröffentlichte dann der *Spiegel* eine mehrwöchige Artikelfolge, die auf der erst einige Jahre später veröffentlichten Untersuchung von Fritz Tobias beruhte und erstmalig den Nachweis der Alleintäterschaft van der Lubbes führte.<sup>58</sup>

Während der *Spiegel* das damals sensationelle Ergebnis der Tobias-Recherchen sachlich und überzeugend präsentierte, wird dieser Eindruck von Tobias' eigener 1962 erschienener Arbeit wieder zunichte gemacht. Das voluminöse Werk des damaligen Oberregierungsrats im niedersächsischen Innenministerium und Hobby-Historikers ist ein maßloses Pamphlet im Geiste des Kalten Krieges, das die Alleintäterschaft van der Lubbes erklärtermaßen nur nachwies, um die »Moräste« der kommunistischen Propagandalügen (6)<sup>59</sup> trocken zu legen. Diesem Zweck dienen fast 80 Prozent des gesamten Werks. Das *Braunbuch* und die darum gruppierten weiteren Propagandaschriften aus dem »Büro M« werden stereotyp als »Machwerke« apostrophiert, grundsätzlich segeln die Autoren »unter falscher Flagge« (208), da sie »unbelastet durch überholte bürgerliche Normen« (210) vor nichts zurückschrecken.

Ungeniert und »teufelsschlau« hätten sie die Namen berühmter Gelehrter wie etwa den Albert Einsteins »mißbraucht« (210/213). Dabei stützte Tobias sein Urteil auf die NS-Presse, wonach jener gegen die Verwendung seines Namens für das Münzenbergsche Welthilfskomitee protestiert haben sollte. Ein Blick in Einsteins 1934 publizierte Aufzeichnungen hätte den Autor eines Besseren belehren können. Schon im September 1933 hatte der *Economist* nach der Abfuhr Schwerin von Krosigks jene von Goebbels lancierte Falschmeldung zurückgewiesen und eine Erklärung Einsteins wiedergegeben, daß er zwar mit der Abfassung des *Braunbuchs* nichts zu tun habe, von einem Rücktritt als Präsident des Welthilfskomitees aber keine Rede sein könne.<sup>60</sup> Beim Verfasser des *Braunbuch*-Vorworts, dem britischen Oberhaus-Mitglied Edward Lord Marley, unterstellte Tobias ebenso, daß er ohne selbst eine Zei-

le geschrieben zu haben, nur ein »glänzendes Honorar« für die Hergabe seines unverfänglichen guten Namens eingestrichen und »geschmeichelt den Beifall der Welt für sein ›mutiges‹ Eintreten gegen die deutschen Faschisten« auf sich gezogen habe (208). Tatsächlich jedoch wirkte Marley auf diversen Vortragsreisen in Frankreich und den USA als Redner für das Welthilfskomitee.

Während also das »Büro M« für Tobias den Reichstagsbrand nur auf perfide Weise instrumentalisierte, fand die Strategie der Nationalsozialisten offenbar seine Zustimmung. Was Goebbels 1933 »glänzend gelang, worin er wahrlich seine Meisterschaft bewies, das war die propagandistische Auswertung des Brandes!« (235). In seltsam anmutender Verdrehung der Tatsachen stellte Tobias die Nationalsozialisten als Opfer der deutschen Exilanten dar, welche von ihm augenscheinlich auch für den Terror in Deutschland verantwortlich gemacht wurden: »Die Nationalsozialisten reagierten ihre ohnmächtige Wut an den in ihrem Machtbereich ›greifbaren‹ Freunden und Angehörigen ihrer Quälgeister im Ausland ab« (211). Dabei gerieten Tobias die Logik und zeitliche Kausalitäten einigermaßen durcheinander, so etwa bei der Annahme, daß die Wut der Nationalsozialisten auf jene »Quälgeister« etwa zu der »Vergeltungsaktion« des Judenboykotts vom 1. April 1933 geführt habe (212), als von der *Braunbuch*-Propaganda oder ihren Vorstufen noch nicht gesprochen werden konnte. Nicht nur in der Wortwahl scheint bei Tobias zuweilen unreflektierter NS-Jargon durch, ebenso ist seine Darstellung nicht frei von antisemitischen Klischees. Wie sollte sonst der Hinweis verstanden werden, daß der amerikanische Jurist Arthur G. Hays jüdischer Herkunft sei, der es sich aufgrund seines Vermögens habe leisten können, auf Honorar zu verzichten, »zumal wenn – wie hier – ein entsprechender Zuwachs an Popularität in Betracht kam« (215).

Nicht erstaunlich ist, daß das Tobias-Werk mit seiner faktischen Exkulpation der Nationalsozialisten unter Historikern äußerst reserviert aufgenommen wurde.<sup>61</sup> Erst Hans Mommsen, Anfang der sechziger Jahre am Institut für Zeitgeschichte in München tätig, hat, wie einleitend angedeutet, die Einzelgängerthese des Täters van der Lubbe durch eingehende Analyse der NS-Herrschaft in den ersten Wochen nach dem 30. Januar 1933 auf ein argumentativ seriöses Fundament gestellt. Dennoch sollten ideologische Vorbohrheiten prägend in der nach wie vor hitzigen Auseinandersetzung bleiben. Ende der sechziger Jahre konstituierte sich in Luxemburg ein sogenanntes Internationales Komitee zur Wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkriegs, das sich, angeführt von dem bekannten Berner Historiker Walther Hofer, die Aufgabe stellte, weiterhin die Täterschaft der Nationalsozialisten zu beweisen. Nach der inzwischen berüchtigten Formel des Historikers Golo Mann, es sei »volkspädagogisch« schädlich, die Nationalsozialisten von der Schuld am Reichstagsbrand frei-